

ANNEGRET KÜNZEL

Der Traum vom Aufbau Ost: Ökonomie als Triebfeder der Einheit?

Ziel der Tagung war es, eine Bilanz des wirtschaftlichen Einigungsprozesses zu ziehen und wirtschaftspolitische Alternativen für die Zukunft aufzuzeigen. Die Wahl des Tagungsortes fiel – wie von *Joachim Ragnitz* vom veranstaltenden Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) einleitend festgestellt – nicht von ungefähr auf das beschauliche Tutzing, da hierdurch ein exklusiver Kreis prominenter Referentinnen und Referenten gewonnen werden konnte, der sich wohl kaum in einem beliebigen ostdeutschen Tagungsort eingefunden hätte. Aufbau Ost in Tutzing – dank der elitären Ortswahl gab es daher auch kaum Publikum, sondern die vortragenden Wirtschaftsexpertinnen und -experten des Einigungsprozesses blieben weitgehend unter sich.

Im Eröffnungsvortrag »Wirtschaft Ost – Nachwirkungen der DDR-Vergangenheit und Fehler im Vereinigungsprozess« stellte *Ullrich Heilemann* von der Universität Leipzig vier Thesen zum wirtschaftlichen Einigungsprozess vor. Erstens habe es nie eine »Stunde Null« in der Geschichte gegeben, so auch nicht bei der Deutschen Einigung. Daraus resultierten die verschiedenen Prägungen der Menschen in Ost und West. Zweitens seien bei der Vereinigung natürlich Fehler gemacht worden, die heute oft aus einer verengten ökonomischen Perspektive diskutiert würden und dann als Fehler erschienen. Damals jedoch sowie in einer weiteren Perspektive stellten sich diese vermeintlichen Fehler nicht unbedingt als solche dar. Drittens sei die Zahl der eigentlichen Fehler weit geringer, als heute glauben gemacht werde, aber diese wenigen originären Fehler hatten teilweise erhebliche und komplexe Folgen. Viertens schließlich seien viele Fehler und Fehleinschätzungen nachträglich korrigiert worden. Insgesamt – so schloss Heilemann – habe es keine realistischen Schätzungen zu wirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Prognosen und zudem eine Überschätzung der zu erwartenden wirtschaftlichen Wachstumsprozesse in Ostdeutschland gegeben. Die Entwicklung vom Stier zum Ochsen, so Heilemann, sei leicht, einen Ochsen zum Stier zu verwandeln, dagegen schwieriger.

In seinem Kommentar zu diesem Eröffnungsvortrag wies *Manfred Wegner*, Gründungsdirektor des IWH, auf die westdeutsche Ignoranz gegenüber dem Osten hin. Der Kardinalfehler bei der Vereinigung sei es gewesen, anstelle einer Reform der eigenen kranken bundesrepublikanischen Systeme diese dem maroden System der DDR überzustülpen. Anschließend zog *Klaus Deutsch* von Deutsche

Annegret Künzel – Jg. 1978, M.A. in Gender Studies, 2006 in einem Forschungsprojekt an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg und am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; seit 2007 Referentin für Ostdeutschland bei der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag; ausgewählte Publikationen: Feministische Theorien und Debatten, in: Lena Foljanty, Ulrike Lembke (Hg.): Feministische Rechtswissenschaft. Ein Studienbuch, Nomos, 2006; Von Alleingelassen bis Mitversorgt. Empirische Befunde zu Einstandspflichten in Paarbeziehungen, in: Kirsten Scheiwe (Hg.): Soziale Sicherungsmodelle revisited. Existenzsicherung durch Sozial- und Familienrecht und ihre Geschlechterdimensionen, Nomos 2007.

Bank Research zum Thema »Ist der Aufbau Ost gescheitert?« eine Zwischenbilanz aus makroökonomischer Perspektive.

Bemerkenswert waren die Überlegungen von *Peter Hampe*, Technische Universität Dresden, in seinem Kommentar über die mentalen Einstellungen in Ostdeutschland. Hampe zitierte eine Allensbachumfrage, die eine ausgesprochen negative Stimmung im Osten feststellt. Die Gründe für dieses Stimmungstief vermochte sich der Redner jedoch nicht zu erklären und staunte daher explizit über das ostdeutsche Jammern. Offenbar, so Hampe, spielten auch psychologische Gründe eine Rolle im Vereinigungsprozess, beispielsweise hätten sich die – volkswirtschaftlich eigentlich gebotenen – geringeren Löhne unmittelbar nach der Wiedervereinigung im Osten nicht vermitteln lassen.

Höhepunkt der Tagung war eine Podiumsdiskussion mit *Richard Schröder*, Humboldt-Universität zu Berlin, *Kurt Biedenkopf*, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen a. D., und *Klaus von Dohnanyi*, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a. D., zum Thema »Wie geht es weiter mit Ostdeutschland«, moderiert von *Heinrich Oberreuter*, Direktor der Akademie für politische Bildung. Zunächst stellte von Dohnanyi fest, dass »Ostdeutschland ein gottloses Land geworden sei«, denn es erhielten mehr junge Menschen die Jugendweihe als die Kommunion, mithin sei der bürgerliche Hintergrund der Menschen während der DDR verlorengegangen. Biedenkopf betonte, dass die ökonomischen Probleme der Wiedervereinigung letztlich eine Spätfolge des Krieges und der deutschen Teilung seien, sonst wären heute die Hauptsitze der großen Unternehmen auch in Ostdeutschland. Schröder kritisierte, dass sich die Menschen hinsichtlich ihrer Lebenszufriedenheit und des Erfolges der Vereinigung ausschließlich an westdeutschen Maßstäben orientierten. In der sich anschließenden Diskussion dominierte die Idee einer Neustrukturierung des föderalen Systems, wobei einzig Schröder nicht glaubte, dass das Föderalismusproblem das zentrale für Ostdeutschland sei. Zudem wurden ausholende grundsätzliche Überlegungen über den Zusammenhang von Staat und regionaler Identität der Menschen angestellt, die eher auf die Hilflosigkeit der Diskutanten verwies, sich über konkrete aktuelle Problemlagen auseinanderzusetzen. Der im Diskussionstitel angekündigte Blick in die Zukunft jedenfalls unterblieb zugunsten einer – manchmal reichlich nostalgisch gefärbten – Rückschau in die Vergangenheit. Auffallend häufig wurden aktuelle wirtschaftliche Probleme in Ost- und Westdeutschland gern mit unterschiedlichen Mentalitäten in Ost und West erklärt.

Am zweiten Konferenztag sprach *Joachim Ragnitz* vom IWH über »Strukturveränderungen in der ostdeutschen Wirtschaft«. Er kam zu dem wenig erhellenden Fazit, dass der Osten zwar hinter den Westen zurück falle, es aber dennoch gute Entwicklungen gebe. Insgesamt zeigten sich demnach aber divergierende Ergebnisse in Ost und West, die deswegen lediglich grundsätzliche Aussagen zuließen.

Weit interessanter war dagegen der Kommentar von *Rainer Lingenthal*, Leiter der Abteilung »Angelegenheiten der neuen Länder« im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BM-VBS), die federführend für die Bundesregierung den Aufbau Ost be-

Tagung des Instituts für
Wirtschaftsforschung Halle
(IWH) und der Akademie für
politische Bildung Tutzing
am 16. und 17. März 2007

arbeitet. Lingenthal stellte zunächst richtig fest, dass das Thema Ostdeutschland »in der Luft liege«. Die Spekulationen über die Fortführung oder Infragestellung des Solidarpakts II kommentierte er dahingehend, dass es nach 2019 keinen Solidarpakt III geben werde, die Mittel im Solidarpakt II bis dahin jedoch sicher seien. Für die Strukturschwäche von Regionen in Ost und West – so Lingenthal – gebe es unterschiedliche Ursachen, daher sei auch eine unterschiedliche Behandlung vonnöten. Die gezielte Förderung Ostdeutschlands sei richtig und wichtig. Der größte Standortnachteil der neuen Länder, so führte Lingenthal kurzweilig an, sei es, in Deutschland zu liegen, da die Bundesrepublik gerade bei ausländischen Investoren ein schlechtes Image habe. So gebe es einen »gesamtdeutschen Grauschleier« in den Köpfen der Investoren. Die zukünftige wirtschaftliche Aufbau-Ost-Strategie der Bundesregierung schließlich – so schloss Lingenthal – konzentriere sich auf Cluster im Sinne von Netzwerken zwischen Forschung und Industrie.

Die demographischen Probleme der neuen Länder stellte anschließend *Nicola Hülskamp* vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln vor. Sie verwies unter anderem auf den in Diskussionen oft ignorierten Fakt, dass die Zuwanderung aus dem Ausland die Alterung als demographisches Problem in Ostdeutschland nicht aufhalten werde. In seinem fundierten Vortrag über den ostdeutschen Arbeitsmarkt betrachtete *Marcel Thum* von der Technischen Universität Dresden Ostdeutschland als Laboratorium, in dem zukünftige westdeutsche Probleme vorweggenommen bearbeitet werden könnten. Die hohe Arbeitslosigkeit unter den Mittel- und Geringqualifizierten in Ostdeutschland sei auf den Mangel an Hochqualifizierten zurückzuführen. So sei es deren Abwanderung bzw. deren rückläufige Anzahl, die den Rückbau der hohen Arbeitslosigkeit im Osten verhinderten. Die Zahl der Hochqualifizierten könne erhöht werden durch eine erhöhte Frauenerwerbstätigkeit, eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer sowie durch mehr Hochschulabsolventen.

Thums Vortrag kommentierte *Christian Geinitz*, Wirtschaftskorrespondent für die neuen Bundesländer der FAZ. Geinitz stellte fest, dass die Entlohnung für Geringqualifizierte im Osten und die Sozialtransfers zu hoch seien, so dass sie keine Anreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gebe. Der beste Aufbau Ost jedoch, so Geinitz, sei auch für den Arbeitsmarkt ein Umbau West.

Hans-Werner Sinn, Präsident des Münchner Ifo-Institut, stellte rückblickend fest, dass die Löhne im Osten der Produktivität vorausgeeilt seien, sie dieser aber eigentlich folgen müssten. Aufgrund zu hoher Lohnkosten wachse die Wirtschaft im Osten nicht und es kämen keine Investoren. Gleichzeitig böten zu hohe Sozialtransfers keine Anreize zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit. Sinn warf auch eine Aufsehen erregende Zahl in die Runde, indem er mit Blick auf die innerdeutschen Finanztransfers darauf hinwies, dass gemessen am BIP 31 Cent eines jeden in Ostdeutschland ausgegebenen Euros aus dem Westen stamme. Es handele sich im Osten um eine Transferökonomie, da es noch nie eine Region dieser Größe auf der Welt gegeben habe, die von so einem umfangreichen Zustrom finanzieller Leistungen profitiert hatte.

Hartmut Mangold von der Abteilung »Angelegenheiten der neuen Länder« im BMVBS verwies auf den schwierigen Diskussionsprozess, in dem sich Bund und Länder hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik befänden. Auch Mangold verknüpfte seine Einschätzung der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Situation in Ostdeutschland mit Bewertungen der mentalen Einstellungen der Bevölkerung: In Westdeutschland sei die Erwartung der Menschen größer, dass sich jemand mit der Selbstzurechnung zum Prekariat selbst helfe, im Osten hingegen sei diese Einstellung geringer ausgeprägt und die Erwartung an den Staat größer.

Im Fazit lässt sich die Konferenz überspitzt als »Veteranentreffen« von führenden Wirtschaftsexperten im Prozess der Deutschen Einheit charakterisieren. Es dominierte in erster Linie Eigenlob darüber, das wirtschaftspolitische Großprojekt der deutschen Einheit überhaupt in Angriff genommen zu haben. Alternativen, so das wohlwollende Fazit der Hauptredner, zum damaligen Vorgehen seien damals nicht gesehen worden und wären auch nicht durchsetzbar gewesen. Insgesamt dominierten – manchmal verkürzte – volkswirtschaftliche Analysen sowie ausladende Diskussionen über die zu Beginn der 1990er Jahre begangenen politischen Fehler. Da diese teils recht selbstgefällige Rückschau auf den wirtschaftlichen Einigungsprozess oft mit psychologistischen Einschätzungen vermischt wurde, blieb das Publikum häufig rat- und hilflos zwischen komplexen volkswirtschaftlichen Diagnosen und Diagrammen sowie simplifizierenden Bewertungen über die ostdeutsche Psyche zurück. Die erforderlichen und angekündigten wirtschaftspolitischen Lehren für die Zukunft wurden von den Referentinnen und Referenten genauso wenig gezogen wie visionäre Ausblicke gewagt wurden. Angesichts der ambitionierten Zielsetzung der Konferenz wäre es wünschenswert gewesen, mehr Gäste einzuladen, die sich heute mit den wirtschaftlichen und auch sozialen Folgen der Deutschen Einheit in Ost und West beschäftigen. Die in Tutzing geführten Diskussionsrunden prominenter Rednerinnen und Redner haben mit ihrem tendenziell rückwärts gewandten Blick jedenfalls keine neuen Perspektiven für den Aufbau Ost eröffnet.